

*Jannis Jost / Stefan Hansen*

# Islamismus in der „Islamischen Gemeinschaft Milli Görüş“

Kieler Analysen zur Sicherheitspolitik Nr. 30  
April 2011



**Jannis Jost/Stefan Hansen**

Islamismus in der „Islamischen Gemeinschaft Milli Görüş“  
Kieler Analysen zur Sicherheitspolitik Nr. 30  
Kiel, April 2011.

**Lektorat:**

Jasper Schwampe

**Impressum:**

Herausgeber:  
Direktor des Instituts für Sicherheitspolitik  
an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel  
Prof. Dr. Joachim Krause  
Westring 400

24118 Kiel

**ISPK.org**

Die veröffentlichten Beiträge mit Verfasserangabe geben die Ansicht der betreffenden Autoren wieder, nicht notwendigerweise die des Herausgebers oder des Instituts für Sicherheitspolitik.

© 2011 Institut für Sicherheitspolitik an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (ISPK).

## 1. Einleitung

2006 schuf der damalige Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) die Deutsche Islam Konferenz (DIK), deren Ziel es seither ist, einen kontinuierlichen Dialog mit Repräsentanten einer möglichst großen Zahl der in Deutschland lebenden Muslime zu gewährleisten und so die Integration zu fördern.<sup>1</sup> Als am 17. Mai die DIK zur ersten Sitzung im Jahr 2010 zusammen kam fehlten allerdings die Vertreter des „Deutschen Islamrates“. Der damalige Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) hatte das Forum umgestaltet und (unter anderem) den „Islamrat“ nicht eingeladen. Er begründete dies mit den Ermittlungen wegen Steuerhinterziehung, welche gegen führende Mitglieder der Organisation „Islamische Gemeinschaft Milli Görüş“ (IGMG)<sup>2</sup> geführt wurden. Milli Görüş (dt.: „Nationale Sicht“) ist das bei weitem wichtigste Mitglied des „Deutschen Islamrates“, sie umfasst etwa 300 Moscheegemeinden mit mehreren hunderttausend Besuchern.<sup>3</sup> Auf die Begründung des Innenministers bezüglich der Nichteinladung der IGMG antwortete der Vorsitzende des „Islamrats“, Ali Kizilkaya, dies sei nur ein Vorwand um den „Islamrat“ und Milli Görüş gegen unkritischere Verhandlungspartner auszutauschen.<sup>4</sup> Tatsächlich gilt die IGMG als sehr konservativ, es ist außerdem bekannt, dass die Organisation vom Verfassungsschutz beobachtet wird.<sup>5</sup> Obwohl es dem Anschein nach strafrechtlich relevante Aktionen mit islamistischem Hintergrund gegeben zu haben

scheint,<sup>6</sup> ist Milli Görüş aber kein typischer Zirkel von Islamisten, sondern eine Breitenbewegung, die zu den populärsten türkisch-muslimischen Organisationen deutschland- und europaweit gehört.<sup>7</sup> Vor dem Hintergrund der Zielsetzung der Islamkonferenz wird im Folgenden untersucht, wie präsent die islamistische Leitideologie von Milli Görüş gegenwärtig in Basis und Führung ist und wie integrationshemmend sich diese auswirkt. Darüber hinaus soll die Frage beantwortet werden, wie nützlich oder schädlich der staatliche Druck auf die IGMG (zuletzt der Ausschluss von der Islamkonferenz) in Bezug auf die Integrations- und Sicherheitspolitik ist.

## 2. Grundlagen

### 2.1 Islam in Deutschland

#### 2.1.1 Allgemeines

Schätzungen zufolge leben etwa drei Millionen Muslime in Deutschland, 76 % davon sind türkischer Herkunft. Hierbei handelt es sich zumeist um die Familien der Arbeitsimmigranten, die in den 1960er Jahren (zunächst ohne ihre Familien) nach Deutschland kamen.<sup>8</sup> Ca. 350.000 Türken wurden bis dato eingebürgert und ab dem Jahr 2000 erhielten „[...] in Deutschland geborene Kinder von ausländischen Eltern automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft, wenn ein Elternteil acht Jahre in Deutschland gewohnt hat.“<sup>9</sup> Den übrigen Anteil der Muslime machen primär Asylsuchende aus Iran, Irak und Afghanistan in den 80er sowie aus Bosnien in den 90er Jahren aus (wobei es unter Letzteren nach Ende des Bür-

<sup>1</sup> Vgl. o.V.: Deutsche Islam Konferenz 2010, in: Bundeszentrale für politische Bildung, www.bpb.de (Zugriff: 22.07.2010).

<sup>2</sup> Im Folgenden mit Milli Görüş oder IGMG abgekürzt.

<sup>3</sup> Vgl. Preuß, Roland: De Maizière reformiert Islamkonferenz, in: sueddeutsche.de vom 04.03.2010, www.sueddeutsche.de (Zugriff: 22.07.2010).

<sup>4</sup> Vgl. ebd.

<sup>5</sup> Vgl. Bundesministerium des Inneren (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2009, Berlin 2010, S. 214.

<sup>6</sup> Vgl. Rasche, Uta: Ermittlungen gegen „Milli Görüş“ – Islamkonferenz im Zwielficht, in: faz.net vom 31.03.2010, www.faz.net (Zugriff: 24.07.2010).

<sup>7</sup> Vgl. Landmann, Nico: Islam in der Diaspora: Frankreich, Großbritannien, Niederlande, Deutschland, in: Ende, Werner/Steinbach, Udo (Hrsg.): Der Islam in der Gegenwart, München 2005, S. 572–597.

<sup>8</sup> Vgl. ebd., S. 588.

<sup>9</sup> Ebd.

gerkriegs zu einer starken Rückwanderungsbewegung kam). Seit 2000 bilden primär Konvertiten (meist Frauen, die in einer Beziehung mit einem Muslim leben) den Zuwachs zur islamischen Gemeinde.<sup>10</sup>

### 2.1.2 Grundlegende Problematik muslimischer Organisationen

Es ist eine vielverbreitete Meinung, der Islam kenne keine Trennung von Religion und Staat.<sup>11</sup> Tatsächlich findet sich in dem (sehr knappen) staatsrechtlichen Teil der islamischen Rechtsordnung *šarī‘a* (gesprochen: „Scharia“) nichts, was eine solche Trennung nahelegen würde: Sowohl Staat als auch Herrschende sind an den Islam gebunden.<sup>12</sup> Dies wird an späterer Stelle für den Begriff des Islamismus weiter von Bedeutung sein. Historisch gesehen gab es jedoch (nach der von Befürwortern der These viel zitierten Frühzeit unter der sowohl religiösen als auch politischen Führung des Propheten Muḥammad) in der Praxis oft eine grundlegende Distanz und Skepsis von Seiten der Gläubigen (besonders der Rechtsgelehrten und Theologen) gegenüber dem Staat und seinen Führern, auch und gerade in der Neuzeit. Aber anders als Christen- und Judentum, die als – teils verfolgte – Minderheitenreligionen zur Bewahrung und Verbreitung ihrer Lehre lange Zeit auf eine gute Untergrundorganisation angewiesen waren, konnte der Islam sich offen, schnell und – auf dem Wege der militärischen Expansion – dezentral verbreiten. Dies ist ein wesentlicher Grund dafür, dass der Islam zwar faktisch Personen, wie etwa Rechtsgelehrte, Imame (Vorbeter in Moscheen) oder Theologen, kennt, welche über außergewöhnlichen

Einfluss verfügen, ihnen jedoch keine institutionelle Autorität (oder Loyalität) zukommt. Auch das islamische Ritualrecht sieht dies im Gegensatz zum christlichen nicht vor. Das Resultat hieraus ist, dass es zumindest im sunnitischen Islam keinen Klerus nach christlichem Verständnis und keine einer Kirche vergleichbaren Strukturen gibt. Während in den islamischen Kernländern von rein religiösen Gruppen (z.B. Sufi-Orden) bis hin zu hochpolitisierten Organisationen (z.B. den Muslimbrüdern) ein breites religiöses „Angebot“ existiert, versuchen muslimische Organisationen in nicht-islamischen Ländern in der Regel, eine Mischung aus Religion, Kultur, politischer Vertretung, juristischer Hilfestellung und Sozialleistungen anzubieten.

### 2.1.3 Türkische muslimische Organisationen in Deutschland

An Hand der vorangegangenen Erörterungen lässt sich nachvollziehen, dass es innerhalb der religiös homogenen türkischen Gemeinschaft trotzdem zahlreiche, einander gegenüber teils sehr kritisch eingestellte Organisationen gibt. Der „Verband der Islamischen Kulturzentren“ (VIKZ) wurde in den 1970er Jahren von Anhängern des Naqshbandīya-Mystizismus gegründet, gegenwärtig sind ihm in Deutschland ca. 300 Gemeinden angeschlossen. Sie bieten u.a. Koran- und Arabischkurse wie auch Hausaufgabenhilfe für jugendliche Gemeindemitglieder an.<sup>13</sup> Der VIKZ betrieb in den 90er Jahren verstärkt den interreligiösen Dialog, allerdings wurde diese Haltung im Jahr 2000 durch den neuen Gesamtleiter der streng hierarchisch aufgebauten Organisation zugunsten der „[...] religiösen Vertiefung der eigenen Gemeinschaft [...]“<sup>14</sup> aufgegeben.

Die Organisation „Risale-i Nur“ (dt.: „Briefe des Lichts“, in Bezug auf vom Begründer herausgegebene Korankommentare) ist eine stark

<sup>10</sup> Vgl. Landmann, Islam in der Diaspora, S. 588.

<sup>11</sup> So vertreten z.B. von Bernard Lewis. Vgl. Lewis, Bernard: Allahs heilige Armee, in: Allahs heiliges Land – Der Islam und der Nahe Osten, SPIEGEL Special Nr. 3/2003, S. 10–16.

<sup>12</sup> Vgl. Rohe, Mathias: Das islamische Recht, München 2009, S. 243ff.

<sup>13</sup> Vgl. Landmann, Islam in der Diaspora, S. 589.

<sup>14</sup> Ebd., S. 590.

religiös geprägte Gruppe, die die Überlegenheit des Islams gegenüber dem „Unglauben“ betont (und sich damit auch gegen die atatürkischen Reformen richtet). Sie zählt in Deutschland 120 Gemeinden und einige Tausend Mitglieder.<sup>15</sup>

Die „Türkisch-islamische Synthese“ dagegen stammt vom extrem rechten Rand des türkischen politischen Spektrums und versucht, Nationalismus mit Islam zu kombinieren. In Deutschland trat sie 1978 als „Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Europa“ („Avrupa Demokratik-Ülkücü Federasyonu“, ADÜTDF) in Erscheinung und vereint – wie der Name schon sagt – etwa 200 verschiedene Mitgliedsorganisationen.<sup>16</sup> 1987 spaltete sich die „Türkisch-islamische Union Europa“ („Avrupa Türk-İslam Birliği“, ATİB) ab, die verstärkt Wert auf Religion anstatt auf Politik legt. Auch sie vereint etwa 200 Mitgliedsorganisationen.<sup>17</sup>

Alle genannten Organisation – Milli Görüş, auf die später eingegangen wird, eingeschlossen – vereint eine mehr oder weniger nachdrücklich vorgetragene Ablehnung des türkischen Laizismus.

In den 1980er Jahren begann das türkische Direktorat für religiöse Angelegenheiten („Diyanet“) daher mit der Etablierung einer dem türkischen Staat nahestehenden Organisation: der „Türkisch-islamischen Union der Anstalt für Religion“ („Diyanet İşleri Türk-İslam Birliği“, DİTİB). Aufgrund ihres Finanz- und Infrastrukturvorteils (DİTİB nutzt die türkischen Botschaften und Konsulate) konnte die Organisation den islamischen Gemeinden umfangreiche Hilfestellungen anbieten, etwa vom türkischen Staat bezahlte Imame oder die Auslagerung der Verwaltung einer Moschee. Auch wenn es DİTİB in Deutschland – im Gegensatz etwa zu den Niederlanden – nicht gelang, die rivalisierenden Organisationen in

die Bedeutungslosigkeit zu drängen, ist sie mit 870 Mitgliedsorganisationen die bei weitem größte türkisch-muslimische Organisation hierzulande.<sup>18</sup>

#### 2.1.4 Islamische Repräsentation in Deutschland

Religiöse Gemeinschaften haben in Deutschland die Möglichkeit, als Körperschaft des öffentlichen Rechts anerkannt zu werden. Dies bringt zahlreiche Vorteile mit sich, z.B. das Recht auf das Einziehen von Kirchensteuern und die Beteiligung an Gremien wie etwa der Rundfunkkonferenz. Bis heute hat allerdings keine der islamischen Organisationen die notwendige Repräsentativität der heterogenen muslimischen Bevölkerung inne, um als Körperschaft des öffentlichen Rechts anerkannt zu werden. Um diese Repräsentativität zu erreichen, stehen die bestehenden Partikularorganisationen seit ihrer Gründung unter einem Koalitionsdruck. 1986 gründete sich daher der „Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland“, in dem Milli Görüş und ihr nahestehende Organisationen dominant sind (spätestens seit die Süleymanlis 1988 den „Islamrat“ verließen). Trotz der Dominanz von Milli Görüş umfasst der „Islamrat“ allerdings auch nicht-türkische Muslime sunnitischer wie schiitischer Glaubensrichtung.<sup>19</sup>

Seit 1994 gibt es den „Zentralrat der Muslime in Deutschland“, der sich als Gegenspieler zum konservativen „Islamrat“ versteht. Auch er vereint ethnisch wie religiös heterogene Gruppen. Die großen türkisch-islamischen Organisationen wie DİTİB und VIKZ sind jedoch in keiner der beiden Plattformen vertreten.<sup>20</sup> Dies, sowie der Faktor, dass generell nur eine Minderheit von Muslimen überhaupt irgendeiner Art von Organisation angegliedert ist, verhindert ein Zustandekommen einer den

<sup>15</sup> Vgl. Landmann, Islam in der Diaspora, S. 591.

<sup>16</sup> Vgl. ebd., S. 591f.

<sup>17</sup> Vgl. ebd., S. 592.

<sup>18</sup> Vgl. Landmann, Islam in der Diaspora, S.592.

<sup>19</sup> Vgl. ebd., S. 595.

<sup>20</sup> Vgl. ebd., S. 595f.

christlichen Kirchen vergleichbaren repräsentativen islamischen Körperschaft in Deutschland. Etwaige zusätzliche Einbußen an Repräsentativität durch den Ausschluss einer der größten Plattformen, des „Islamrates“, von der Deutschen Islam Konferenz, werden an späterer Stelle untersucht.

## 2.2 Abgrenzung und Definition des Islamismus-Begriffes

Der Begriff „Islamismus“ ist, aufgrund der einschlägigen medialen Präsenz, auf das engste mit dem Phänomen des transnationalen Terrorismus verbunden, was jedoch nur zum Teil richtig ist. Es gibt im zeitgenössischen Islam drei wesentliche Strömungen: Modernismus, Traditionalismus und Neofundamentalismus, auch Salafismus genannt.<sup>21</sup> Modernisten halten alle wesentlichen Errungenschaften moderner Gesellschaften (Demokratie, Menschenrechte usw.) für urislamisch und bereits im Koran bzw. der Prophetentradition niedergelegt. Die historischen Abweichungen von diesen Idealen erklären sie aus vorangegangenen Fehlinterpretationen der vorgeannten Quellen. Sie bewerten die Moderne (abgesehen von der westlichen Familien- und Sexualmoral) positiv.<sup>22</sup> Im Traditionalismus dagegen steht der Beginn der Moderne im 19. Jahrhundert, speziell der engere Kontakt mit der westlichen Welt und die Übernahme westlicher Sitten, für das Ende der „guten Zeit“. Traditionalisten betonen bei der Ausübung ihres Glaubens die islamische Tradition – oder was sie dafür halten.<sup>23</sup> In der Praxis bedeutet das z.B., dass meteorologische Gesetzmäßigkeiten zwar durchaus anerkannt werden, dass aber ebenso an die Existenz eines das Wetter beherrschenden Engels geglaubt wird. Beides steht unreflektiert nebeneinander.<sup>24</sup> Die türki-

sche Staatsreligion ist traditionalistisch und der Traditionalismus somit unter Türken wie türkischstämmigen Deutschen weitverbreitet.<sup>25</sup> Der Neofundamentalismus oder Salafismus (von arab. „Salafīya“, dt. etwa: „den Altvorderen nacheifern“) bestimmt zum größten Teil das mediale Bild des Islam, denn medienpräzente Gruppen wie al-Qā‘ida (gesprochen: „Al-Kaida“) gehören diesem Spektrum des Islam an, das abgesehen von der absoluten Frühzeit um den Propheten Muḥammad (bzw. den Vorstellungen, die sie sich von dieser Zeit gebildet haben) quasi alle Entwicklungen als unislamisch negiert. Fundamentalisten achten rigoros auf eine (nach ihrer Ansicht) islamkonforme Lebensweise, die teilweise auch kleinste Details regelt. Wegen ihrer sehr engen Definition von Islam bzw. Muslim wird in der fundamentalistischen Weltsicht großen Gruppen (z.B. später entstandenen Glaubensrichtungen wie den Schiiten) das Muslim-Sein abgesprochen.<sup>26</sup> Dennoch sind auch Fundamentalisten nicht per se gewaltbereit. Einige Muslime versuchen, über ihre individuelle religiöse Sphäre (sei sie modernistisch, traditionalistisch oder fundamentalistisch) hinaus allgemeingültige Regeln auf Basis des Islam durchzusetzen. Diese Kombination von Politik (die Einrichtung und Durchsetzung kollektiv verbindlicher Regeln<sup>27</sup>) und Islam wird als Islamismus bezeichnet. Kern des Islamismus ist die Betonung des politischen Aspekts, was sich meist in Plänen zur Errichtung eines islamischen Staates äußert.<sup>28</sup> Wie dieser Staat auszusehen hat, hängt davon ab, welcher der vorgenannten Denkströmungen die Islamisten entstammen. Es sei noch einmal betont, dass Islamismus in modernistischen und traditionalistischen Kreisen ebenso vorkommt wie in fundamentalistischen. So wurde der Islamismus im Modernismus zur Durchset-

<sup>21</sup> Vgl. Berger, Lutz: Islamische Theologie, Kiel/Wien 2010, S. 120f.

<sup>22</sup> Vgl. ebd., S. 120f.

<sup>23</sup> Vgl. ebd., S. 121.

<sup>24</sup> Vgl. ebd., S. 139.

<sup>25</sup> Vgl. Berger, Islamische Theologie, S. 137.

<sup>26</sup> Vgl. ebd., S. 146.

<sup>27</sup> Vgl. Patzelt, Werner J.: Einführung in die Politikwissenschaft, Passau 2007, S. 22.

<sup>28</sup> Vgl. Berger, Islamische Theologie, S. 150ff.

zung gesellschaftlicher Reformen herangezogen, im Traditionalismus ersetzte oder ergänzte er – wie im Fall Milli Görüş gezeigt werden wird – den Nationalismus.<sup>29</sup> Einige der Islamisten, vornehmlich aus dem neofundamentalistischen Milieu, nutzen Gewalt zur Erreichung ihrer Ziele, etwa revolutionäre Aufstände oder Terrorismus.

Zusammenfassend bedeutet Islamismus die Ausübung und Bewertung von Politik auf der Basis islamischer Normen (die entsprechend der jeweiligen Strömung variieren können), wobei die Muslime geeint als politischer Machtfaktor auftreten sollen. Das Ziel ist die oktroyierte Etablierung eines islamkonformen Staates auf Basis der šari‘a.

### 3. Milli Görüş

#### 3.1 Quellenlage

Da die vorliegende Studie die psychologische Dimension des Islamismus weit stärker zu thematisieren sucht als etwa klar zu definierende strafrechtlich relevante Aktionen, ist die Quellenlage äußerst schwierig. Die Selbstdarstellung der IGMG ist aus naheliegenden Gründen nur als Primärquelle heranzuziehen und für die Stimmung an der Basis nicht notwendigerweise repräsentativ. Die Verfassungsschutzberichte, die in dieser Arbeit Verwendung finden, konzentrieren sich auftragsgemäß vornehmlich auf verfassungsfeindliche und kriminelle Bestrebungen als auf die Grundhaltung breiter Mitgliederschichten. Deswegen nimmt die vorliegende Untersuchung maßgeblich auf die Arbeit Werner Schiffauers Bezug, der zu diesem Thema eine umfangreiche Fallstudie vorgelegt hat.<sup>30</sup> Schiffauer fiel allerdings auch durch teils gewagt unkritische Positionen zu islamistischen

Bestrebungen auf.<sup>31</sup> Deswegen wird – wie in der Einleitung angekündigt – im abschließenden Teil der Untersuchung auf eine Schaden-Nutzen-Differenzierung Wert gelegt.

### 3.2 Geschichte

#### 3.2.1 Geschichte des türkischen Teils der Milli Görüş

Nach 1923 litt das Selbstbewusstsein vieler Türken unter dem gravierenden Bedeutungsverlust, den das Land seit dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches zu verkraften hatte. Weite religiöse Kreise hielten eine Rückbesinnung auf islamische Werte für unerlässlich, um das Land zu alter Größe zurückzuführen. Zu ihnen gehörten auch die Anhänger des Naqshbandīya-Mystizismus, die dem von Atatürk eingeführten Laizismus mit „klassisch islamischer“ Bildung, also Koranunterricht, entgegenzuwirken versuchten.<sup>32</sup> (Von den Naqshbandī spaltete sich die Süleymanci-Bewegung ab, die sich in Deutschland im VIKZ organisiert hat (Vgl. 2.1.3).)

Der Naqshbandīya-Scheich Mehmed Zahid Kotku setzte sich in den 50er Jahren dafür ein, weniger Gewicht auf islamische Bildung und mehr auf politische Arbeit innerhalb des Systems zu legen, was für einen Mystiker bemerkenswert ist.<sup>33</sup> Einer seiner Schüler war Necmetin Erbakan, der an der technischen Hochschule Istanbul und der technischen Universität Aachen studierte. Sein Neffe Mehmed Sabri Erbakan sagte in einem Interview, Necmetin Erbakan habe mit seinem Wissen die Errichtung einer Motorenfabrik in der Türkei geplant, sei aber von „[...] armenische[n] und jüdische[n]“<sup>34</sup> Unternehmerfamilien mittels Senkung der Einfuhrzölle vom Markt ge-

<sup>29</sup> Vgl. Berger, *Islamische Theologie*, S. 159.

<sup>30</sup> Vgl. Schiffauer, Werner: *Nach dem Islamismus – Eine Ethnographie der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüş*, Berlin 2010.

<sup>31</sup> Vgl. z.B. das Interview mit Islamwissenschaftlerin Spuler-Stegemann, in: taz.de vom 22.11.2003, www.taz.de (Zugriff: 28.07.2010).

<sup>32</sup> Vgl. Schiffauer, *Nach dem Islamismus*, S. 65f.

<sup>33</sup> Vgl. ebd., S. 66.

<sup>34</sup> Ebd., S. 68.



drängt worden.<sup>35</sup> Als der türkische Staat sich in der Zollfrage nicht kooperativ zeigte gründete Erbakan seine erste islamistische Partei „Milli Nizam Partisi“ (MNP, dt.: „Partei der nationalen Ordnung“).<sup>36</sup> Mit zahlreichen Verboten und Neugründungen wechselten die Parteinamen häufig, die Programmatik aber blieb gleich. 1975 wurde als Plattform für Parteien und andere Organisationen Milli Görüş gegründet.<sup>37</sup> Der Fokus lag ganz eindeutig auf dem nationalistischen Aspekt, tatsächlich „[...] kommt in diesem Programm die Nation zuerst, und der Islam erscheint fast nur als Mittel zum Zweck der Wiederherstellung nationaler Größe.“<sup>38</sup> Die nationalistisch-islamistische Grundhaltung war zwar allen Anhängern gemein, trotzdem verliefen von Anfang an Trennlinien durch die Organisation, etwa zwischen den traditionalistischen Naqshbandī-Mystikern und den modernistischen studentischen „Grenzkämpfern“.<sup>39</sup> 1979 zeigte die Iranische Revolution, dass auch ein vermeintlich übermächtiges System gestürzt und durch einen „gottgefälligen“ Staat ersetzt werden konnte. Dies führte zu einer Radikalisierung der türkischen Islamisten, was wiederum von Seiten des Militärs mit dem Putsch vom 12. September 1980 beantwortet wurde, in dessen Folge es zu zahlreichen Parteiverboten und Verhaftungen – auch gegen Milli Görüş und seine Mitglieder – kam. Zahlreiche radikale Prediger flohen nach Deutschland.<sup>40</sup> 1983 erfolgten Neuwahlen, an denen Milli Görüş mit der „Refah Partisi“ (dt.: „Wohlfahrtspartei“), einer Neugründung der alten „Heilspartei“, teilnahm.<sup>41</sup> Es gelang der Partei in den folgenden Jahren mit ihrem verstärkt sozialen Profil zum Vorreiter der Islamisierungsbewegung in der Türkei zu werden. Tatsächlich bekam das Gan-

ze zunehmend den Charakter einer Bewegung. Wie Jenny White 1997 feststellte, herrschte unter Milli-Görüş-Anhängern kaum noch Angst vor einem Parteiverbot, weil die Organisation für ihre Existenz auf die Partei(-struktur) nicht mehr angewiesen war.<sup>42</sup> Dennoch war und blieb es eine politische Bewegung, tendenziell wurde das Religiöse eher unwichtiger als wichtiger. Damit gelang es der Wohlfahrtspartei, sich in der Mitte der Wählerschaft zu etablieren<sup>43</sup> und 1994 große Erfolge bei den Kommunalwahlen zu erringen. Einer der populärsten Politiker der Partei war der damalige Istanbulbürgermeister Recep Tayyip Erdoğan. Islamistische Projekte wurden zwar in Ansätzen, aber bemerkenswert halbherzig betrieben,<sup>44</sup> was sich erneut auszahlte: 1995 wurde die Wohlfahrtspartei mit 21% stärkste Kraft und Erbakan Ministerpräsident.<sup>45</sup> Seine Regierungszeit war gekennzeichnet durch den Versuch des Ausgleichs zwischen den Interessen seiner islamistischen Anhängerschaft und der Fortsetzung des erfolgreichen Mittelweges, der ihn ins Amt gebracht hatte. Zusätzlich stand er unter misstrauischer Beobachtung der Vertreter des Säkularismus, vor allem des mächtigen Militärs. Im Juni 1997 drängte das Militär Erbakan aus dem Amt (ohne selbst die Macht zu übernehmen), 1998 wurde die Wohlfahrtspartei verboten.<sup>46</sup> Umgehend erfolgte die Gründung der Tugendpartei, die bereits 2001 ihrerseits verboten wurde.<sup>47</sup> Innerparteilich wurde in dieser Zeit ein heftiger Kampf zwischen Modernisten und Traditionalisten geführt, was 2001 in der Spaltung der Bewegung in die Parteien „Adalet ve Kalkınma Partisi“ (AKP, dt.: „Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung“) und „Saadet Partisi“ (SP, dt.: „Wohlergehenspartei“), in der weiterhin Necmettin Erbakan die Führung innehatte,

<sup>35</sup> Interview vom 15.09.2003, in: Schiffauer, Nach dem Islamismus, S. 67f.

<sup>36</sup> Vgl. Schiffauer, Nach dem Islamismus, S. 68.

<sup>37</sup> Vgl. ebd., S. 69.

<sup>38</sup> Ebd., S. 70.

<sup>39</sup> Vgl. ebd., S. 70f.

<sup>40</sup> Vgl. ebd., S. 80.

<sup>41</sup> Vgl. ebd., S. 84.

<sup>42</sup> Vgl. Schiffauer, Nach dem Islamismus, S. 87.

<sup>43</sup> Vgl. ebd., S. 89.

<sup>44</sup> Vgl. ebd., S. 100f.

<sup>45</sup> Vgl. ebd.

<sup>46</sup> Vgl. ebd., S. 104.

<sup>47</sup> Vgl. ebd., S. 105.



gipfelte.<sup>48</sup> Die AKP feierte unter Erdoğan 2002 einen triumphalen Erfolg, während die SP zunehmend in der Bedeutungslosigkeit verschwand und nur noch mit massiv antisemitischen und Erdoğan-kritischen Äußerungen Aufsehen erregte.<sup>49</sup> Der AKP ist es zwar bis dato gelungen, auch gegen das Militär eine relativ stabile Regierung zu etablieren, dennoch überwiegt in der Türkei die Ernüchterung über zahlreiche gescheiterte Projekte wie z.B. den EU-Beitritt.<sup>50</sup> Der politische Islam spielt im Programm der Partei nur noch eine untergeordnete Rolle,<sup>51</sup> vielfach wird die AKP als Äquivalent europäischer christdemokratischer Parteien angesehen.<sup>52</sup>

### 3.2.2 Geschichte des deutschen Teils der Milli Görüş

1972 ordnete Hasan Damar die von ihm gegründete Braunschweiger Moscheegemeinde der türkischen Heilspartei zu<sup>53</sup> – ein rein programmatisches Bekenntnis, das keinerlei z.B. juristische Konsequenzen hatte. Trotzdem war es die erste Milli-Görüş-Gemeinde in Deutschland. Viele Türken sahen in Necmetin Erbakans Politik des Wirtschaftsaufschwungs eine Chance, profitable Arbeit in ihrer Heimat zu finden. Dies verhalf ihm schnell zu großer Popularität, und da die Heilspartei in Deutschland über keine Parteistruktur verfügte, wurden die Moscheen, bestehende, aber vor allem auch neugegründete, die Zentren der politischen Aktivität.<sup>54</sup> Die deutsche Milli-Görüş-Gemeinde durchlief – ähnlich der türkischen – nach 1979 eine Radikalisierung; während diese aber in der Türkei durch den Militärputsch unterbunden wurde, wurde sie in Deutschland durch die Einreise zahlreicher aus

der Türkei geflohener radikaler Prediger verstärkt. Es kam zu einer zunehmenden individuellen Betonung des Religiösen, was etwa durch das Tragen von Bärten respektive Kopftüchern öffentlich zur Schau gestellt wurde.<sup>55</sup> Als Milli Görüş 1983 entschied, mit der Wohlfahrtspartei an den Neuwahlen in der Türkei teilzunehmen, traf das in Deutschland auf heftigen Widerstand des radikalen Predigers Cemalettin Kaplan. Er meinte der Militärputsch habe bewiesen, dass das Engagement innerhalb des Systems zu keinem Ergebnis führe und propagierte den gewaltsamen Umsturz. Kaplan gründete seine eigene Gemeinde, den „Kalifatstaat“, der sich zwei Drittel der Milli-Görüş-Gemeinden anschlossen.<sup>56</sup> 1985 wurden Şevki Yilmaz und Osman Yumakoğullari nach Deutschland geschickt, um den Wiederaufbau der äußerst geschwächten Organisation anzuführen, wobei sie starke Unterstützung seitens der Wohlfahrtspartei genossen. Sie gründeten „Avarupa Milli Görüş Teşkiti“ (dt.: „Organisation der Milli Görüş in Europa“), etablierten eine strenge Hierarchie, in der die lokalen Vorsitzenden der nächst höheren Instanz jeweils durch Eid verpflichtet waren, boten den Moscheegemeinden finanzielle und verwaltungstechnische Hilfe im Gegenzug zur Überschreibung des Moscheegebäudes an und strukturierten die komplette Organisation nach dem Vorbild eines Wirtschaftsunternehmens.<sup>57</sup> Ebenfalls im Jahr 1983 erschien mit DİTİB starke Konkurrenz in Deutschland und Milli Görüş verlor zudem viele der unpolitischen Muslime,<sup>58</sup> was neben der Abkehr vieler Gemeinden zum „Kalifatstaat“ hin eine weitere Ursache für die zwischenzeitliche Schwächung Milli Görüş war. Erst ab 1989 färbten die türkischen Wahlerfolge der Wohlfahrtspartei auf die Popularität in Deutschland

<sup>48</sup> Vgl. Schiffauer, Nach dem Islamismus, S. 106.

<sup>49</sup> Vgl. ebd., S. 123ff.

<sup>50</sup> Vgl. ebd., S. 132.

<sup>51</sup> Vgl. Berger, Islamische Theologie, S. 143f.

<sup>52</sup> Vgl. Schiffauer, Nach dem Islamismus, S. 132f.

<sup>53</sup> Vgl. ebd., S. 76.

<sup>54</sup> Vgl. ebd., S. 78f.

<sup>55</sup> Vgl. Schiffauer, Nach dem Islamismus, S. 80f.

<sup>56</sup> Vgl. ebd., 84f.

<sup>57</sup> Vgl. ebd., 90ff.

<sup>58</sup> Vgl. ebd., S. 98f.

ab, sodass diesem Trend entgegen gewirkt wurde. Es handelte sich jedoch nach wie vor um eine türkeibezogene Begeisterung, die mit der Hoffnung „jetzt, jetzt scheint es endlich wohl so zu sein, [...] dass wir dieses gurbet (Fremde) [Schiffauer] verlassen können“<sup>59</sup> treffend charakterisiert ist. 1995 spaltete sich die Bewegung in die bereits erwähnte IGMG, die für Religiöses, Soziales und Politisches zuständig ist, und die „Europäische Moscheebau- und Unterstützungsgemeinschaft“, die finanzielle Belange regelt. Diese Trennung hatte wohl primär organisations-technische Gründe, sollte aber möglicherweise auch einem Totalverlust des Vermögens bei einem Vereinsverbot vorbeugen.<sup>60</sup> Nach dem kalten Staatstreich in der Türkei von 1998 sowie dem Zusammenbruch zahlreicher islamischer Holdings und den damit einhergehenden finanziellen Verlusten entstand ein Machtvakuum an der Spitze der Organisation. Die Finanzprobleme verstärkten allerdings nur die tatsächliche Ursache des Machtvakuaums, welche weitaus tiefer lag: Mittlerweile war eine zweite Generation von Deutschtürken herangewachsen, die sich mit der Aussicht auf Rückkehr in die „Heimat“ Türkei kaum noch identifizieren konnte.<sup>61</sup>

Mit Mehmed Sabri Erbakan (Neffe von Necmetin Erbakan) wurde 1999 erstmals ein Vertreter dieser zweiten Generation Vorsitzender der IGMG.<sup>62</sup> Generell behielt die erste Generation die moralische Autorität in den Gemeinden, während die zweite Generation sich der übergeordneten Entwicklung und der Repräsentation nach außen widmete, was besonders nach dem 11. September 2001 eine hochwichtige Aufgabe war.<sup>63</sup> Die 2001 erfolgte Spaltung der türkischen Sektion von Milli

Görüş in AKP und SP überwand die IGMG, indem sie die Identität als Glaubensgemeinschaft betonte und zudem Verbindungen zu beiden Parteien unterhielt, besonders in der Person des neuen Vorsitzenden Yavuz Celik Karahan, der sowohl zu Erdoğan als auch zu Erbakan persönliche Beziehungen hatte.<sup>64</sup> Das wurde allerdings zunehmend schwieriger, als die SP und die organisationsinterne Zeitung „Milli Gazete“ vermehrt antisemitische Propaganda verbreiteten, was in Deutschland zu einer verstärkten Beobachtung durch den Verfassungsschutz führte.<sup>65</sup> Am 7. Mai 2004 distanzierte sich die IGMG-Führung (erstmal!) explizit von Erbakans antisemitischen Äußerungen, was die bereits vorhandene politische wie auch (spendentechnisch) finanzielle Entfremdung zwischen deutscher und türkischer Sektion von Milli Görüş weiter vertiefte.<sup>66</sup> Im März 2005 versuchte Necmetin Erbakan dieser Entwicklung durch den Austausch der deutschen Milli-Görüş-Führung entgegenzuwirken,<sup>67</sup> dieses Unternehmen scheiterte jedoch an der Weigerung der deutschen Regionalleiter zu kooperieren.<sup>68</sup> Dies bewies noch einmal nachdrücklich, dass die IGMG eine gewisse Unabhängigkeit von der türkischen Sektion erreicht hatte.

Keinesfalls kann jedoch behauptet werden, dass diese Abkehr von Erbakans Programmatik alle Teile der IGMG erfasst hat. Vielmehr wird jener von einigen Mitgliedern nachwievor als Führerfigur verehrt und der Prozess der Abkapselung ist keineswegs als abgeschlossen zu bewerten. Trotz zunehmender Reformanstrengungen von Teilen der IGMG-Führung und einer Distanzierung von den antisemitischen Aussagen Erbakans wurde bisher kein öffentlicher Bruch mit diesem vollzogen.<sup>69</sup> 2009 ließ die Staatsanwaltschaft München

<sup>59</sup> Interview mit IGMG-Generalsekretär Oğuz Üçüncü vom 12.06.2003, in: Schiffauer, Nach dem Islamismus, S. 102.

<sup>60</sup> Vgl. Schiffauer, Nach dem Islamismus, S. 103.

<sup>61</sup> Vgl. ebd., S. 105ff.

<sup>62</sup> Vgl. ebd., S. 111f.

<sup>63</sup> Vgl. ebd., S. 115ff.

<sup>64</sup> Vgl. Schiffauer, Nach dem Islamismus, S. 124f.

<sup>65</sup> Vgl. ebd., S. 126.

<sup>66</sup> Vgl. ebd., S. 126ff.

<sup>67</sup> Vgl. ebd., S. 127.

<sup>68</sup> Vgl. ebd., S. 130.

<sup>69</sup> Verfassungsschutzbericht NRW, S. 68.

europaweit Einrichtungen der IGMG durchsuchen, deren Führungsspitze um Öğuz Üçüncü auf kriminellen Wegen Geld für Hamās-Terroristen gesammelt haben soll.<sup>70</sup>

### 3.2.3 Wichtige Elemente der Geschichte

Um die gegenwärtige Situation verstehen und Prognosen erstellen zu können, muss die zeitgeschichtliche Entwicklung der Milli-Görüş-Bewegung nachvollzogen werden. Wichtig ist erstens, dass der türkische Teil von Milli Görüş sich stärker zu einem politischen Akteur hin entwickelt hat, während in Deutschland die Betonung zunehmend auf die Religion gelegt wurde. Da die deutsche Sektion keine Partei, sondern eine Ansammlung von Moscheegemeinden ist, denen die politische Homogenität einer Partei abgeht, erfolgte dies fast zwangsläufig. Nur durch die Besinnung auf Gemeinsamkeiten – wie eben den gemeinsamen Glauben – konnten die zahllosen Spaltungen, Neugründungen und Konflikte der türkischen Mutterparteien überwunden werden.

Der zweite Punkt ist die Türkeizentriertheit der Arbeitsmigranten der ersten Generation. Es ist von größter Wichtigkeit zu verstehen, wie sehr ihre Hoffnung auf Rückkehr und dementsprechend ihre Anteilnahme an türkischer Politik ausgeprägt war. Nichts innerhalb der ersten Generation geschah ohne Bezug auf die Türkei – und dementsprechend bedeutsam ist der Bruch, den die Machübernahme der zweiten Generation bedeutet.

### 3.3 Der Islamismus innerhalb der IGMG

Es steht außer Frage, dass Milli Görüş in seiner Anfangszeit in Deutschland wie in der Türkei islamistische Ziele verfolgt hat.<sup>71</sup> Aber ihre Art des Islamismus unterscheidet sich deutlich von den üblichen Arten des politischen Islams.

Der Islamismus modernistischer wie traditionalistischer Milieus zeichnet sich oft – ganz ähnlich wie z.B. sozialistische Idealvorstellungen im Europa der 1960er und 70er Jahre – durch eine hohe intellektuelle Komplexität aus.<sup>72</sup> Dies führt häufig zur Bildung elitärer Zirkel von Islamisten (oft Studenten wie z.B. im Iran 1979), die auf eine oktroyierte Staatsbildung hinarbeiten. Sie stellen sich damit bewusst außerhalb des Systems, anders als Milli Görüş es seit ihrer Gründung getan hat.<sup>73</sup> Damit entschied sich die Bewegung gegen die übliche islamistische „top-down“ und für eine „bottom-up“-Strategie, also die Veränderung des Systems von unten.<sup>74</sup> Da man es in der Türkei mit einem demokratischen System zu tun hatte (das Arrangement damit wurde Milli Görüş von anderen „klassisch“ islamistischen Gruppen immer wieder vorgeworfen<sup>75</sup>), war für Milli Görüş der Weg als Massenbewegung vorgezeichnet. *„Massenbewegungen versuchen per Definition, immer neue Kreise zu integrieren. Der Versuch, sehr verschiedene Gruppen mit je eigenen Anliegen unter einem Dach zu versammeln, erzwingt die Absage an Prinzipientreue.“*<sup>76</sup> Im Fall von Milli Görüş äußert sich das in sehr vagen intellektuellen Grundlagen (beide nur knapp 30 Seiten stark<sup>77</sup>), die sich auf die Themen Moral („Adil Düzen“) und Wirtschaftsordnung („Adil Ekonomik Düzen“) beschränken.<sup>78</sup> Entsprechend war der Islamismus der ersten Generation in Deutschland eher von Wunschvorstellungen als reeller Programmatik bestimmt: *„Unter den türkischen Migranten schlug sich dies in einem aus Erlösungsträumen gebore-*

<sup>70</sup> Vgl. Rasche, Islamkonferenz im Zwielit.

<sup>71</sup> Vgl. Schiffauer, Nach dem Islamismus, S. 20.

<sup>72</sup> Für den fundamentalistischen Islamismus à la al-Qā'ida gilt dies weniger, weil dem Fundamentalismus per se eine stark vereinfachende Weltsicht eigen ist.

<sup>73</sup> Vgl. Schiffauer, Nach dem Islamismus, S. 66.

<sup>74</sup> Vgl. ebd., S. 147.

<sup>75</sup> Vgl. ebd., S. 148.

<sup>76</sup> Ebd., S. 20.

<sup>77</sup> Vgl. ebd., S. 139f.

<sup>78</sup> Vgl. o.V.: Islamische Gemeinschaft Milli Görüş e.V., in: Ladensamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg, www.verfassungsschutz-bw.de (Zugriff: 29.07.2010)

nen Islamismus nieder. Sie hofften auf eine Islamisierung der Türkei. Sie versprachen sich von der Rückkehr zu den eigenen kulturellen Wurzeln die Gesundung der Gesellschaft und insbesondere der Wirtschaft. Dies würde es ihnen endlich ermöglichen, die gurbet [dt.: „Fremde“ (=Deutschland), Anm. d. Autoren] hinter sich zu lassen und in die Heimat zurückzukommen.<sup>79</sup>

Das Interesse war völlig türkeifixiert,<sup>80</sup> gegenüber der deutschen Mehrheitsgesellschaft herrschte eine desinteressierte Ablehnung.<sup>81</sup> Auch wenn man innerhalb eines demokratischen Systems<sup>82</sup> arbeitete, „[...] empfand [man] Demokratie aus den Erfahrungen in den muslimischen Ländern als Bedrohung.“<sup>83</sup> Sich dennoch zur Demokratie zu bekennen wurde von Necmetin Erbakan mit Verweis auf die takkiye-Methode legitimiert, dem Recht eines Muslims, sich in Notsituationen zu verstellen.<sup>84</sup> Die öffentliche Proklamation dieses Vorgehens wurde neuerdings nicht wiederholt, dennoch ist sie nach wie vor eine Hauptursache für die Zweifel der Verfassungsschutzbehörden an der Aufrichtigkeit des IGMG-Bekenntnisses zur Demokratie.<sup>85</sup> Mit dem Generationenwechsel brach das Türkei-Engagement der IGMG ein, das Ziel eines islamischen Staates wurde fallengelassen.<sup>86</sup> Auch wenn man sich von der politischen Agenda Erbakans und der türkischen Milli Görüş loslöste, bleiben zwei Problemfaktoren bestehen, die konstitutiv für die Bewegung sind und deswegen latent vorhanden blieben,

auch wenn sie keinen Ausdruck in konkreter Politik finden: 1. der letztendliche Vorrang göttlichen Gesetzes vor menschlichen Gesetzen und 2. der Antisemitismus. Nach gängigem Verständnis von Islamisten dient jedwede Form von Staat primär dazu, die korrekte Anwendung der šarī‘a sicherzustellen (wobei es wiederum eine Vielzahl von Meinungen gibt, was „korrekt“ zu bedeuten hat). Folglich hat auch die Demokratie keine Legitimität an sich inne, sondern rechtfertigt ihren Bestand durch die Garantie islamischer Werte. Diese Sichtweise ist nicht exklusiv Islamisten zu eigen, sondern wird z.B. auch durch die türkische Religionsbehörde vertreten, deren theologische Weltsicht erstaunlich kongruent mit jener der Milli-Görüş-Bewegung ist.<sup>87</sup> Während Diyanet aber explizit die Demokratie als gegenwärtig bestmögliche Staatsform benennt, lassen Milli-Görüş-Vertreter eine derartige Eindeutigkeit vermissen. Der mangelnde Eigenwert der Demokratie bzw. des Staates an sich wird entsprechend dort zum Problem, wo ihre/seine Normen denen des eigenen Islamverständnisses widersprechen. An solchen Konfliktlinien setzt oft eine Betonung und Verteidigung der eigenen islamischen Identität ein. Schiffauer schreibt dazu:

*„Man muss, wie andere diskriminierte Minderheiten, das Stigma überwinden, indem man selbstbewusst zu seiner Differenz steht und sie öffentlich vertritt. Damit kehrt man den Spieß um. Man steht zu dem, was man ist, und zwingt die anderen [die deutsche Mehrheitsgesellschaft, Anm. d. Autoren], sich dazu zu verhalten.“<sup>88</sup>*

Der baden-württembergische Verfassungsschutz bezeichnet selbigen Sachverhalt so:

*„[...] diese Einschätzung [der Überlegenheit der islamischen Gemeinschaft, Anm. d. Auto-*

<sup>79</sup> Schiffauer, Nach dem Islamismus, S. 52f.

<sup>80</sup> Vgl. ebd., S. 56.

<sup>81</sup> Vgl. ebd., S. 44ff.

<sup>82</sup> Des türkischen Systems. Eine Islamisierung Deutschlands war höchstens ein ideelles Fernziel und der Islamisierung der Türkei absolut untergeordnet.

<sup>83</sup> Interview mit Mehmed Sabri Erbakan vom 18.09.2003, in: Schiffauer, Nach dem Islamismus, S. 96.

<sup>84</sup> Vgl. Schiffauer, Nach dem Islamismus, S. 96f.

<sup>85</sup> Dieses mutmaßliche Vorgehen wird von den Verfassungsschutzämtern „legalistisch“ genannt. Vgl. z.B. Bundesamt für Verfassungsschutz: Islamismus – Entstehung und aktuelle Erscheinungsformen, Köln 2006, S. 31ff.

<sup>86</sup> Vgl. Schiffauer, Nach dem Islamismus, S. 259.

<sup>87</sup> Vgl. Berger, Lutz: Religionsbehörde und Milli Görüş – Zwei Varianten eines traditionalistischen Islam in der Türkei, in: Lohlker, Rüdiger (Hrsg.): Hadithstudien – Die Überlieferung des Propheten im Gespräch: Festschrift für Tilmann Nagel, Hamburg 2009, S. 41-76, S. 68ff.

<sup>88</sup> Schiffauer, Nach dem Islamismus, S. 215.

ren] [ist] *nicht anders denn als definitive Absage an eine mögliche Einordnung in die hiesige Staats- und Gesellschaftsordnung als einer Spielart der „nichtigen Ordnung“ (batil düzen) zu werten.*<sup>89</sup>

Es ist nicht ersichtlich, dass diese Einstellung die Missachtung bestehender Gesetze fördert, also strafrechtlich relevante Auswirkungen hat. Tendenzen zur Abschottung von der Mehrheitsgesellschaft und somit zur Desintegration werden dadurch aber definitiv gefördert, was mittel- und langfristig weitreichende Konsequenzen zur Folge haben kann.<sup>90</sup> Es ist aber fraglich, ob die Bemühungen traditionalistischer Muslime, in westlichen Staaten ein möglichst šarī'a-konformes Leben zu führen, wie sie sich im Fall der IGMG etwa in der gerichtlichen Erstreitigung des Fernbleibens muslimischer Kinder vom Schwimm- oder Sexualkundeunterricht äußert, als islamistisch bezeichnet werden können. Auch muss etwa die Betonung des Panislamismus, also der Verbundenheit aller Muslime weltweit,<sup>91</sup> des „[...] historisch-heiligen Auftrag[s] [der] [...] einzelnen Muslime“,<sup>92</sup> zweifellos kritisch hinterfragt werden, es fehlt aber trotz allen vorangestellten Tatsachen insgesamt der Wille zu größeren politischen Veränderungen, was nahelegt, dass es sich nicht um Islamismus im Sinne der o.a. Definition handelt. Schiffauers Begriff des „Postislamismus“ erscheint hier angebracht. Die Grenze zwischen dem legitimen Bewahren und Ausleben der kulturellen Identität einerseits und dem nicht tolerierbaren Wirken gegen die gesamtstaatliche Ordnung andererseits ist schwer zu ziehen. Ein sinnvoller An-

satz ist es, „[...] eine Erziehung, die auf die Ablehnung demokratischer Institutionen zielt [...]“<sup>93</sup> nicht hinzunehmen. Auch wird teilweise ein Geschlechterverhältnis propagiert, das mit dem im Grundgesetz angelegten Gleichheitsgrundsatz unvereinbar ist.<sup>94</sup> Den zweiten Problemfaktor bildet der in der gesamten Milli-Görüş-Bewegung präsente Antisemitismus. Spezifisch für Milli Görüş ist Necmetin Erbakans These, die Türkei sei von vordergründig zum Islam konvertierten Juden, den „dönme“, in Form der Kemalisten unterwandert und massiv geschwächt worden. Er erklärt so den Machtverfall und Untergang des osmanischen Reiches.<sup>95</sup> Praktisch äußert sich dieser Antisemitismus allgemeiner, vor allem indem entsprechendes Propagandamaterial zugänglich gemacht wird. In der Türkei wurde z.B. von dem der Milli Görüş nahestehenden Fernsehsender „TV 5“ die iranische Serie „Zehras blaue Augen“ ausgestrahlt, in Deutschland wurden auf IGMG-Veranstaltungen vereinzelt Medien mit diesem und anderen antisemitischen Formaten zum Verkauf angeboten.<sup>96</sup> Die IGMG hat sich von derartigen Haltungen distanziert, den Vertrieb derartiger Materialien in Moscheen und auf Veranstaltungen aber nicht effektiv unterbunden bzw. unterbinden können.<sup>97</sup> Während der israelischen Militäraktion im Gaza-Streifen 2009 organisierte die IGMG mehrere gut besuchte Demonstrationen, auf denen israel-feindliche Äußerungen skandiert wurden.<sup>98</sup> In der Türkei betreibt Milli Görüş, vor allem in Gestalt der Saadet Partisi, dezidiert eine radikal antiisraelische Politik,<sup>99</sup> in Deutschland ist eine solche politische Lobbyarbeit nicht er-

<sup>89</sup> Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg 2006, Stuttgart 2006, S. 68.

<sup>90</sup> Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz: Islamismus aus der Perspektive des Verfassungsschutzes, Köln 2008, S. 8f.

<sup>91</sup> Ersichtlich immer wieder in der Thematisierung des Leids von Muslimen weltweit, etwa in Gaza, auf Milli-Görüş-Treffen und Kundgebungen. Vgl. Schiffauer, Nach dem Islamismus, S. 171f.

<sup>92</sup> Levent Tezcan in einer Darstellung der Milli-Görüş-Hauptversammlung 1998, in: Schiffauer, Nach dem Islamismus, S. 152.

<sup>93</sup> BfV, Islamismus aus der Perspektive des Verfassungsschutzes, S. 9.

<sup>94</sup> Vgl. Verfassungsschutzbericht Bund 2009, S. 269f.

<sup>95</sup> Vgl. Berger, Religionsbehörde und Milli Görüş, S. 75.

<sup>96</sup> Vgl. Behörde für Inneres und Sport Hamburg: Antisemitische Hetzvideos bei der „Islamischen Gemeinschaft Milli Görüş“, www.Hamburg.de (Zugriff: 26.05.2011)

<sup>97</sup> Vgl. ebd.

<sup>98</sup> Vgl. Verfassungsschutzbericht Bund 2009, S. 268.

<sup>99</sup> Vgl. ebd. S. 271.



kennbar. Nichtsdestotrotz sind derartige anti-semitische Haltungen in einer Organisation, die sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennt, natürlich nicht akzeptabel.

### 3.4 Generationenwechsel

Wie dargestellt wurde ist der „Postislamismus“ ein Phänomen der zweiten Generation. Eine Generation ist in diesem Zusammenhang nicht als Abstammungskohorte zu verstehen, sondern bezeichnet einen nunmehr verstärkt auftretenden Typus von „Lebenslauf“: Die Geburt in Deutschland, die damit verbundene Staatsbürgerschaft, das Aufwachsen in einem streng muslimischen Elternhaus, das erfolgreiche Durchlaufen des deutschen weiterführenden Schulsystems (und ggf. der Hochschulen) und das Engagement in der muslimischen Gemeinde. Diese Gemeinsamkeiten erlauben der zahlenmäßig relativ kleinen Gruppe<sup>100</sup> die Selbstwahrnehmung als Generation.<sup>101</sup> Je wichtiger die Repräsentation nach außen wurde, desto wichtiger wurden auch die Dienste dieser Gemeindemitglieder: Ihre Sprachkompetenz und ihre kulturellen Bindungen zur Mehr- wie zur Minderheitsgesellschaft prädestinieren sie dazu.<sup>102</sup> Dies geschah konkret, als die Mehrheit der in Deutschland lebenden Türken sich mit der Gewissheit abfand, nicht mehr in die Türkei zurückzukehren. Ihre, die erste Generation, hatte in den 60er, 70er und 80er Jahren einen defensiven Islam gelebt, zur Abgrenzung von der negativ bewerteten deutschen Mehrheitsgesellschaft und „[...] bestimmt von den Gedanken einer Erlösung aus der als leidvoll empfundenen

*Fremde* [...]“.<sup>103</sup> Eine Öffnung hin zur Mehrheitsgesellschaft war für diese Generation unerheblich und unnötig, hoffte man doch auf baldige Rückkehr in die Heimat. Sah man eine Möglichkeit, die Chancen darauf zu verbessern, wie im Islamismus des Necmetin Erbakan, so nahm man sie wahr. Der Generation der „Postislamisten“ fehlt diese Motivation, sie verbindet mit der Türkei nur noch verwandtschaftliche Bindungen und das Herkunfts- und Traditionsbewusstsein. Sie versuchen dagegen, ihr wertkonservatives Verständnis des Islam in der deutschen Gesellschaft offen leben zu können.<sup>104</sup> Dies äußert sich auf dem interkulturell-kommunikativen und vor allem dem juristischen Weg weit mehr als auf dem politischen.

### 3.5 Strukturen der IGMG

Die Strukturen der IGMG sind schwer zu erfassen: Es gibt keinen formalen Beitritt<sup>105</sup> und deswegen nur Schätzungen zu der Zahl „echter“ Mitglieder. Diese sind mit etwa 29.000 zu beziffern, in Abgrenzung zu den etwa 300.000 bloßen Besuchern von IGMG-Moscheen.<sup>106</sup> Die Moscheen verschleiern dabei oft ihre Verbindung zur IGMG,<sup>107</sup> nicht zuletzt wegen negativer Reaktionen des nicht-muslimischen Umfelds. Die Verfassungsschutzbehörden bestätigen mittlerweile die von Schiffauer hervorgehobene organisationsinterne Auseinandersetzung zwischen Reformern und Traditionalisten,<sup>108</sup> der mögliche Ausgang scheint aber gänzlich ungewiss.

Die Vergabe hoher Positionen ist zumeist intransparent, wiederholt wurden der deutschen Gemeinde etwa von der türkischen Sektion Funktionäre „vorgesetzt“ (Vgl. 3.2.2).

<sup>100</sup> Schiffauer schätzt die Anzahl derartiger Postislamisten in Deutschland auf 3.000 (Vgl. Schiffauer, Nach dem Islamismus, S. 161), außerdem prägen sie kulturell nur sehr wenige Gemeinden (Vgl. Schiffauer, Nach dem Islamismus, S. 327).

<sup>101</sup> Vgl. Schiffauer, Nach dem Islamismus, S. 161.

<sup>102</sup> Vgl. ebd., S. 21f.

<sup>103</sup> Schiffauer, Nach dem Islamismus, S. 20.

<sup>104</sup> Vgl. ebd., S. 213.

<sup>105</sup> Vgl. ebd., S. 141.

<sup>106</sup> Vgl. Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg 2009, Stuttgart 2009, S. 84.

<sup>107</sup> Vgl. Verfassungsschutzbericht Berlin 2009, Berlin 2009, S. 27f.

<sup>108</sup> Vgl. ebd.

Zudem ist die IGMG immer noch streng hierarchisch organisiert.<sup>109</sup> Inwieweit also die von Schiffauer postulierte Heterogenität der Basis in der Führung (und ihrer Politik) repräsentiert wird, ist fraglich. Als beispielsweise der damalige Generalsekretär des Islamrates Ghulam Totakhyll vorschlug, die pompösen IGMG-Jahreshauptversammlungen offener zu gestalten, wurde dies postwendend von der Leitung mit der Begründung abgelehnt, „[...] es [hätte] nicht dem Bedürfnis der Gemeinde entsprochen [...]“.<sup>110</sup> Auch die vielen verwandtschaftlichen und freundschaftlichen Bindungen in und zwischen den Leitungen verschiedener Milli-Görüş-Organisationen<sup>111</sup> lassen an einer demokratischen Struktur zweifeln. Unklar ist zudem, inwieweit die organisationsinterne Zeitung „Milli Gazete“ die Haltung der IGMG widerspiegelt. Ein Großteil des „belastenden“ Materials der Verfassungsschutzbehörden stammt aus dieser immer noch massiv islamistisch und antisemitisch publizierenden Zeitung, von der sich die IGMG allerdings zwischenzeitlich offiziell distanziert hat. Die Einschätzungen der Authentizität dieser Distanzierung gehen völlig auseinander, in jedem Fall bestehen jedoch zahlreiche personelle Verknüpfungen zur IGMG.<sup>112</sup> So ist die „Milli Gazete“ nachwievor auf vielen IGMG-Veranstaltungen mit Informationsständen vertreten und Berichte über die IGMG nehmen wesentliche Teile ihrer Europa Ausgabe ein.<sup>113</sup>

#### 4. Fazit: Konsequenzen des Ausschlusses von der DIK

Zusammenfassend können aus den vorangehend dargelegten Informationen folgende

Rückschlüsse gezogen werden: Der Entschluss zur dauerhaften Ansiedlung in Deutschland einerseits, der Generationenwechsel, und das Arrangement der erfolgreichen Milli-Görüş-Partei AKP mit dem bestehenden System andererseits hat zu einem Abflauen des Islamismus in Teilen der IGMG geführt. Solidaritätsbekundungen etwa mit Necmetin Erbakan deuten allerdings auf ein Überbleiben einer emotionalen Bindung mit diesem hin. Diese Diskrepanz zwischen Distanzierung von seinen Aussagen einerseits und Sympathiebekundungen andererseits weist auf Differenzen und Spannungen zwischen Reformern und Traditionalisten innerhalb der Organisation hin. Jene Spannungen scheinen bis in die Führung der IGMG zu reichen.<sup>114</sup> Erbakan verstarb am 27. Februar 2011. Es ist nicht auszuschließen, dass eine gewisse Loyalität auch der deutschen Anhängerschaft auf seine Familie und Nachfolger übergeht, wahrscheinlicher ist jedoch, dass durch den Verlust dieser Symbolfigur die Segregation des deutschen Milli-Görüş-Teils von der türkischen Bewegung gefördert wird. Die Programmatik der IGMG wird mittlerweile hauptsächlich bestimmt durch die Durchsetzung der Möglichkeit der Mitglieder, ihren wertkonservativen Islam offen zu leben. Sie findet intern statt, d.h. es gibt nach außen keine aktiven Bestrebungen, das deutsche Staatssystem als Ganzes zu beseitigen oder elementar zu ändern, schon gar nicht auf gewaltsame Art. Tatsächlich erreicht die IGMG dieses Ziel gegenwertig in zahlreichen Einzelverfahren professionell und effizient auf juristischem Weg. Hinter diesen Bemühungen steht der Glaube an die eigene (moralische) Überlegenheit gegenüber der Mehrheitsgesellschaft, der z.B. im IGMG-Koranunterricht manifestiert wird. Ein Austausch der Kulturen, wie er offiziell von der IGMG proklamiert wird,<sup>115</sup> ist somit nicht im Interesse von Milli

<sup>109</sup> Vgl. Verfassungsschutzbericht Nordrhein-Westfalen 2002, Düsseldorf 2002, S. 142.

<sup>110</sup> Schiffauer, Nach dem Islamismus, S. 156.

<sup>111</sup> Vgl. ebd., S. 143.

<sup>112</sup> Vgl. Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg 2009, S. 90.

<sup>113</sup> Verfassungsschutzbericht 2009, S. 268.

<sup>114</sup> Verfassungsschutzbericht NRW, S. 68.

<sup>115</sup> Vgl. Internetauftritt der IGMG „Das islamische Portal“, www.igmg.de (Zugriff: 30.07.2010).



Görüş. Verschiedene IGMG-Organisationen sind wiederum Teil von Organisationen, in denen auch gewaltbereite islamistische Gruppen vertreten sind,<sup>116</sup> was Ausdruck einer starken panislamischen Solidarität ist, die sich auch auf potentiell gewaltbereite Gruppen erstreckt. Die gegenwärtige Tätigkeit der Organisation kann aus deutscher Sicht als integrationshemmend bzw. gänzlich integrationsablehnend eingestuft werden, was durchaus auch sicherheitspolitisch von Belang ist, da „[...] gelingende Integration ein wesentlicher Beitrag zur Extremismus- und Terrorismusprävention [ist].<sup>117</sup> Zudem weist eine Betrachtung der Handlungsweisen und Aussagen von einigen Mitgliedern innerhalb der Organisation auf eine zumindest teilweise vorhandene Demokratiedistanz und eine Ablehnung westlicher Werte hin.<sup>118</sup> Davon auf eine generelle Verfassungsuntreue der Mitglieder rückzuschließen, ist jedoch nicht gerechtfertigt.

Die Idealvorstellung vieler deutscher Politiker bei der Integration von Muslimen ist der „Euro-Islam“, in dem mittels historisch-kritischer Lesart des Korans Grundwerte exzerpiert werden, die mit den europäischen identisch sind, und separierende Unterschiede vernachlässigt werden.<sup>119</sup> Dies bedeutet eine illusorische Verengung des Islam auf das modernistische Verständnis. Das Vorhandensein wertkonservativer, traditionalistischer Muslime, wie der Anhängerschaft der Milli Görüş, ist ein Faktum. Grade für die Integration dieser Muslime, die sich sehr an religiösen Autoritätspersonen orientieren, könnte die Ausbildung und „Bereitstellung“ von Imamen seitens des Staates

ein wichtiger Schritt sein. Sie hätten alle Vorteile eines Vertreters der zweiten Generation, also die Sprach-, Kultur- und vor allem (was grade von jugendlichen Muslimen immer stärker nachgefragt wird) Alltagskompetenz, die ein Studium an einer Hochschule mit sich bringt.<sup>120</sup> Zusätzlich würden sie über (auch wissenschaftlich fundiertes) theologisches Fachwissen verfügen, das Autorität gegenüber traditionalistischen Muslimen verleiht. Allerdings wird eine Entsendung von Imamen gegen den Willen der Gemeinden nicht möglich sein; die Islamkonferenz hat hier eine wichtige Koordinationsfunktion erfüllt.

Mit dem Ausschluss des Islamrates wird jedoch grade die Gruppe von Muslimen, auf die staatliche Imame den bedeutsamsten Einfluss ausüben könnten, von dieser Koordinierung ausgenommen. Andererseits darf bezweifelt werden, ob die IGMG-Führung ohne weiteres ihr Auswahlmonopol für Imame an den Staat abtreten würde. In diesem Zusammenhang besteht aber die offenbar berechtigte Hoffnung, dass eine staatliche Regulierung, und gelegentlicher Druck durch die Sicherheitsbehörden bei Fehlentwicklungen, zu Veränderungen in der Organisationsführung beitragen. Mehrere hochrangige Funktionäre zogen sich nach Razzien von ihren Ämtern zurück.<sup>121</sup> Sofern an ihre Stelle kompromissbereitere Mitglieder der zweiten Generation nachrücken und der Dialog mittelfristig wieder aufgenommen würde, hätte die bisherige deutsche Innenpolitik durchaus Erfolg gehabt. Eine dauerhafte politische Ignorierung der IGMG dagegen wäre hochgradig schädlich für die Integrationsbemühungen.

<sup>116</sup> Z.B. dem „Forum of European Muslim and Youth Organisations“, das von der Muslimbruderschaft dominiert wird. (Vgl. Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg 2009, S. 86).

<sup>117</sup> BfV: Integration als Extremismus- und Terrorismusprävention – Zur Typologie islamistischer Radikalisierung und Rekrutierung, Köln 2007, S. 7.

<sup>118</sup> Verfassungsschutzbericht Bund, S. 274.

<sup>119</sup> Vgl. o.V.: Der Euro-Islam – Ein umstrittener Begriff, in: ZDF Forum am Freitag, [www.forumamfreitag.zdf.de](http://www.forumamfreitag.zdf.de) (Zugriff: 30.07.2010).

<sup>120</sup> Vgl. Lederbogen, Utz: Imamausbildung in Deutschland, in: Informationsdienst Wissenschaft, [idw-online.de](http://idw-online.de) (Zugriff: 30.07.2010).

<sup>121</sup> Vgl. Stoldt, Till-R.: Hartes Vorgehen gegen Milli Görüş zeigt Wirkung, in: Welt online, [www.welt.de](http://www.welt.de) (Zugriff: 30.07.2010).